# Bundeskunstpreis für linke Gewalttäterin

Kann sich unser Rechtsstaat eigentlich noch lächerlicher machen? Eine kriminelle Linksextremistin namens Hanna Schiller, die derzeit in Untersuchungshaft sitzt und in München wegen mehrerer Gewalttaten vor Gericht steht, wurde jetzt mit dem Bundeskunstpreis ausgezeichnet.

Der wird u.a. gestiftet vom BMBF, dem Bundesministeriums für Bildung und Forschung, und finanziert mit 30.000 Euro aus Steuergeldern sowie einem 18.000-Euro-Stipendium.

Schiller soll zusammen mit Lina E, (30) Anführerin der sogenannten „Hammerbande“ gewesen sein, die in Deutschland und Budapest (Ungarn) gewalttätige Angriffe auf vermeintliche „Rechtsextremisten“ verübt haben. Dabei wurden mehrere der Opfer schwer verletzt. In der Anklageschrift heißt es in einem Fall: „Das Opfer erlitt dadurch erhebliche Kopfwunden, die zum Tode hätten führen können.“

Lina E. wurde inzwischen zu fünf Jahren und drei Monaten Gefängnis verurteilt. Die Entscheidung für Schiller steht noch aus. Das Portal „Tichys Einblick“ fand aber heraus, dass die bis heute an der Nürnberger Akademie der Bildenden Künste eingeschriebene Studentin Schiller, mit einem  Stipendium der Rosa-Luxemburg-Stiftung gefördert wird, also der parteinahen Stiftung der SED/Linke, die alljährlich Millionen Euro Steuergelder aus dem Bundeshaushalt und anderen staatlichen Töpfen erhält.

Über die Preisverleihung habe eine „unabhängige Jury“ entschieden.

Schiller hatte Arbeiten wie eine *„gewebte Matte aus Frauenhaar“ eingereicht, ein Werk, das sich „mit „strukturellen wie faktischen Macht- und Gewaltmechanismen“ auseinandersetze, schreibt die Jury.* Über die reale nackte Gewalt, die Schiller selbst ausgeübt haben soll, findet sich kein Wort in der Laudatio.

Wir alle dürfen nun gespannt sein, wie es weitergeht

Die BILD berichtet, im Bundesbildungs- und Forschungsministerium sei man einigermaßen erschrocken über den Vorgang. Man sei dabei, den Sachverhalt zu klären und dann über „etwaige Konsequenzen“ zu entscheiden.

Und wir werden das für Sie im Auge behalten. Versprochen!

---

# 1. Mai in Berlin? Puuh, wieder mal geschafft….

*„Kreuzberger Nächte sind lang…lalala…Kreuzberger Nächte sind lang. Erst fang‘ sie ganz langsam an. Aber dann aber dann…“*

Der einzige Hit der „Gebrüder Blattschuss“ bleibt irgendwie immer aktuell, durch die Randale-Nächte im Berliner Kiez, die die Stadt seit Jahrzehnten in Atem hält. Jedenfalls die Polizei, die in den vergangenen 48 Stunden in Berlin mit 5.500 Beamten aus dem ganzen Bundesgebiet auf den Straßen war, um die Lage unter Kontrolle zu behalten.

Und das gelang ihnen

Ich selbst war mit Freunden am 30. April abends im Prenzlauer Berg unterwegs. Erst Basketball Alba gegen Heidelberg gucken, dann rüberschlendern zu „Tante Käthe“, meiner bevorzugten Fußballkneipe in der Hautstadt, Bayern gegen Real gucken und Bier trinken. Ein wunderbarer Abend, wenn man vom Ausgleichstreffer der Spanier absieht, es war warm, im Park nebenan spielte einer Saxophon, viele Menschen, alles friedlich. So blieb es auch die Nacht über.

**+++Freie Medien?++Na, los: Helfen Sie uns!+++Spenden Sie über PayPal @KelleKlaus oder per Überweisung auf das Konto DE18 1005 0000 6015 8528 18+++**

Als ich auf dem Rückweg nach Hause war, fiel mir dann noch die unglaublich hohe Polizeipräsenz auf, überall in den einschlägigen Bezirken. Alle paar Meter Mannschaftswagen, „Wannen“ sagen die Einheimischen. Aber anders als in meinen früheren Jahren in Berlin, wo um die gleiche Zeit Hundertschaften in Kampfmontur mit Schildern und Helmen unterwegs waren, standen die jungen Beamten überall entspannt bei ihren Fahrzeugen (in denen sich natürlich hoffentlich auch Helme, Schutzschilder und Gummiknüppel befanden). Manche rauchten, andere standen zusammen mit Bürgern und plauderten. Es war lange nicht so angespannt wie damals.

Vielleicht hat man sich inzwischen einfach daran gewöhnt in Berlin

Am Feiertag selbst gab es natürlich noch die erwartbaren Schwarmützel, aber weniger durch Gewalt gegen Einsatzkräfte, Böller- und Steinwürfe, sondern eher durch widerwärtige Judenhasser und Antiysemiten – 10.600 zogen durch Kreuzberg und Neukölln.

Und all diese Leute leben auch heute noch in unserer Hauptstadt, während Nancy Faeser unermüdlich gegen Rechts kämpft.

---

# Wie man einen Parteitag ruhig über die Bühne bringt

Das hat Spaß gemacht gestern in Bonn, oder sagen wir zwischen Remagen und Bonn. Denn der Gründungsparteitag der WerteUnion fand auf einem Rheindampfer statt. Und eigene Mobilität, das ist der Tod jeder Bemühungen von linksextremen antifa-Hanseln, so etwas stören oder gar verhindern zu können.

Die WerteUnion (WU) hatte die Gründungsmitglieder der neuen Partei am Vorabend zum gemeinsamen Abendessen eingeladen. Nachdem einzelne Medien, darunter der nicht ganz unbedeutende „Spiegel“, bereits Tage vorher berichtet hatten, dass es eine Rhein-Sause der Bürgerlichen geben werde und sogar den Namen des Schiffs veröffentlicht hatte – nebenbei bemerkt, was nur möglich sein kann, wenn ein Mitglied aus dem engeren Vorstandskreis das an Journalisten „durchgestochen“ hat – war man perfekt vorbereitet.

Morgens die Teilnehmer in Privatautos und einem Kleinbus zu einer anderen Stadt auf der anderen Rheinseite gefahren, Kaffee getrunken, zum Anleger geschlendert. Dann kommt das Schiff, legt an, alle steigen ein, und fünf Minuten später sind alle auf „hoher See“. Kein Gekreische pubertierender Kinder mit bunten Haaren, keine selbsternannten „Correctiv“-Enthüller. Einfach los zur Sacharbeit.

Ich war schon auf vielen Parteitagen in meinem Journalistenleben

CDU, SPD, FDP – da fahren Sie hin, da stehen drei gelangweilte Polizisten am Eingang, man zeigt den Presseausweis oder die Akkreditierung vor und ist drin. Bei diesen Parteien stehen manchmal auch 200 Verdi-Demonstranten mit orangefarbenen Fähnchen vor der Tür, dann sind halt acht gelangweilte Polizisten da. Aber die Frage: Wie komme ich da rein, stellt sich bei den „Etablierten“ gar nicht.

**+++Ganz ehrlich: Unabhängig und seriös können Medien wie dieses nur arbeiten, wenn SIE Leser uns am Leben erhalten+++Bitte spenden Sie für diesen Blog über PayPal: @KelleKlaus oder Überweisung IBAN: DE18 1005 0000 6015 8528 18+++**

Bei der AfD ist das andere Extrem

AfD-Parteitage sind für Journalisten (und Delegierte) eine Herausforderung. Zum einen finden Sie – wie einst in Berlin – eineinhalb Jahre keinen Wirt, der ihnen Räumlichkeiten vermieten würde. Nicht, weil die Wirte grundsätzlich AfD-feindlich wären und kein Geschäft machen wollen, sondern weil antifa-Kriminelle Wirte bedrohen, Servicepersonal bedrohen, Hauswände besprühen, also all den Terror veranstalten, der in den 30er Jahren zum Standardrepertoire der SS-Horden gehörte.

Und wenn sich die AfD dann irgendwo einen Raum erklagt hat, dann müssen sie da erstmal reinkommen. In Braunschweig, beim AfD-Landesparteitag als Dana Guth gestürzt wurde, habe ich 75 Minuten gebraucht, um in die Halle zu kommen. 3000 linke Demonstranten vor dem Haupteingang, ein Fußpfad zum Hintereingang, wo 10 Mannschaftswagen der Polizei standen. „Ich würde Ihnen nicht raten, jetzt hier weiterzugehen“, sagte mir ein gut meinender Bereitschaftspolizist damals und verwies auf 20 schwarzgekleidete Vermummte 100 Meter weiter auf meinem geplanten Weg. So wartete ich eine Viertelstunde, bis die Idioten weiterzogen, um bedrohlich zu wirken, und kam dann unversehrt rein.

Gestern bei der WerteUnion war…nix

Die linke Demo-Community hatte keine Ahnung und wartete an Anlegern, wo keine Konservativen zum Beschimpfen waren. Kamerateams und Fotografen standen irgendwo im Nirgendwo, und die Teilnehmer des Parteitages hatten ein paar schöne und arbeitsintensive Stunden auf dem Wasser. Es gab wohl bei

der Organisation eine ganze Reihe von Alternativplänen. Selbst am Samstagmorgen wussten die Teilnehmer noch nicht, welche Route zu welchem Anleger in welcher Stadt führte. Alles perfekt, viele Security-Jungs (ja, ja, auch Mädchen), Polizei, das Rheinschiff wurde von Polizeibooten begleitet. Alles perfekt, den Leuten von der Organisation und den Sicherheits-Profis kann ich nur größten Respekt zollen.

Und was lernen wir aus all dem? Demokratie ist machbar, Herr Nachbar. Zurückweichen vor dem gewaltbereiten Mob kann keine Option mehr sein. Dass eine demokratische Partei so hohe Sicherheitsstandards braucht, um in Deutschland einen Parteitag abzuhalten, das zeigt, wie nötig eine solche Partei und wie nötig andere Mehrheiten in Deutschland sind.

---

## Protest gegen Abtreibung wird breiter – linke Gewalt in Köln

Wer schon einmal dabei gewesen ist weiß, dass der alljährliche „Marsch für das Leben“ Tausender Abtreibungsgegner und ProLifer in Berlin abhärtet für den politischen Alltag von unsereins. Wer mal durch ein Spalier aggressiver Linksextremisten in Berlin gegangen , beleidigt, angebrüllt und angespuckt worden ist. der tankt Motivation für den Kampf um unsere Gesellschaft. Diese Hassfratzen am Straßenrand sind eine Ansammlung der dümmsten und aggressivsten Gestalten, die unser Land in den vergangenen Jahren hervorgebracht hat.

Ich bewundere jeden einzelnen friedlichen Demonstranten, die meisten von Ihnen katholische und evangelikale Christen, der sich das immer wieder antut, um für das Lebensrecht eines jeden Menschen von seinem natürlichen Anfang bis zu seinem natürlich Ende zu demonstrieren, darunter viele Frauen und Kinder.

In diesem Jahr hatte der Bundesverband Lebensrecht erstmal zu zwei getrennten Demos in Berlin und Köln aufgerufen. In Köln kam es dabei zu gewalttätigen Angriffen auf Teilnehmer und Polizeibeamte.

---

## Es gibt keine „gute“ Gewalt

Da sind wir alle gespannt. Am kommenden Mittwoch wird in Dresden das Urteil über die Linksextremistin Lina E. und drei ihrer Genossen gesprochen. Sie sollen zwischen 2018 und 2020

Menschen aus der rechten Szene  in Leipzig, Wurzen und Eisenach überfallen und zusammengeschlagen haben. Außerdem sind sie noch wegen der „Bildung einer kriminellen Vereinigung“ angeklagt.Insgesamt sollen die Angeklagten 13 „Rechte“ angegriffen und verletzt haben, zwei davon lebensgefährlich.Die Bandenchefin der Schlägertruppe ist eine 28-jährige Studentin aus Leipzig, die drei Komplizen stammen aus Leipzig und Berlin. Alle schwiegen im Prozess zu den schweren Vorwürfen.

**+++Unterstützen Sie meine Arbeit durch Ihre Spende über PayPal @KelleKlaus oder per Überweisung auf DE18 1005 0000 5015 8528 18++++**

Wenn Frau E. verurteilt wird, drohen ihr acht Jahre Haft. Ich finde das mehr als angemessen.

Die linke Szene in Deutschland hat sich in den vergangenen Jahren deutlich radikalisiert. Denken Sie allein an die brutalen Überfälle in Erfurt auf offener Straße durch ein Schlägerkommando (mutmaßlich aus Jena) auf „rechte“ Fußgänger oder ein Bekleidungsgeschäft, dass die bei rechten Jugendlichen beliebte Marke „Thor Steinar“ im Angebot hat!

Gewalt ist vollkommen inakzeptabel, ich hoffe, dass die Richter die taten von Lina E. und ihren Schlägern entsprechend sanktioniert. Und damit auch deutlich zum Ausdruck bringen, dass es in Deutschland keine „gute“ linke Gewalt und „böse“ rechte Gewalt gibt.

---

# 3000 Euro Ihrer Zwangsgebühren für linksextremes Zentrum

Im Hamburg wird derzeit der ARD-Tatort „Schattenleben“ mit Wotan Wilke Möhring und Franziska Weisz gedreht. Es geht darum um einen V-Mann der Polizei in der linken Szene der Hafenstadt. Als Drehort hat sich die Produktionsfirma einen bekannten Treffpunkt der inksextremen Szene dort ausgesucht: das Kollektiv „M1“. Die BID zitiert einen Sprecher des Hamburger Verfassungsschutzes: „Das Objekt ist dem Hamburger Verfassungsschutz bekannt. Es gibt hier eindeutige Bezüge in die linksextremistische Szene, die das Objekt selbst auch für Veranstaltungen nutzt.“

Auf der Homepage dieses zweifelhaften Etablissement heißt es: „Wir sehen es sehr kritisch, dass Polizei-Gewalt in diesem Format salonfähig gemacht wird und die Polizei durch dieses Format überwiegend in ein positives Licht gestellt wird.“ Das hält die M1-Genossen allerdings nicht davon ab, den Dreharbeiten zuzustimmen. Aus Ihren Zwangsgebühren werden nämlich ca. 3000 Euro an das linksextreme Zentrum gezahlt.

# Demokratie ist unmöglich, wenn Politiker die eigenen Gesetze und Regeln missachten

Die Räumung des besetzten Hauses „Liebig 34“ im Berliner Bezirk Friedrichshain hat begonnen. 1.500 Polizisten aus acht Bundesländern (!) wurden zusammengezogen, um Recht und Gesetz in der deutschen Hauptstadt durchzusetzen. Endlich! Wohlgemerkt: um EIN EINZIGES Gebäude von linksradikalen Kriminellen zu befreien, die seit Jahren nicht nur Bauvorschriften missachten (etwa durch das Installieren von Falltüren, wenn „die Bullen kommen“), sondern Terror und Gewalt gegen unliebsame Nachbarn und Eigentümer der Immobilie auszuüben. Um wen und was es sich in der „Liebig 34“ handelt, und welche politischen Kräfte ihre schützenden Hände über die linksextremen Verbrecher halten, ist sehr gut in einem Beitrag des ARD-Magazins „Kontraste“ hier dokumentiert, endlich einmal wieder ein ansehnliches Stück öffentlich-rechtlichen Recherche-Journalismus‘ statt der üblichen Volksbelehrung.

In einer freien Gesellschaft muss man immer mit einem „Narrensaum“ kalkulieren. Das liegt im Wesen einer freien Gesellschaft, denn sonst ist sie nicht mehr frei. Als 1990 mein damaliger Chef in Berlin mit dem Auto und zwei Geschäftspartnern in Ost-Berlin unterwegs war und an einer Straßenecke ein paar Punks abhingen, sagte einer der beiden Herren: „Das hätte es in der DDR nicht gegeben.“ Mein damaliger Boss – in den 80ern im Kofferraum einer Autos aus der DDR geflohen – flippte aus und stutzte den Schwätzer zusammen. Das ist ähnlich blöde, wie der Spruch „Bei Adolf konnte man als Frau nachts durch den Park gehen, ohne Angst zu haben.“ Als wenn das die Nazi-Barbarei irgendwie besser gemacht hätte.

Eine Gesellschaft ist nicht dann gut, wenn alle das gleiche denken, das gleiche Auto fahren, die gleiche Frisur haben. Wer in einer solchen Gesellschaft wohnen will, der findet in Nordkorea sicher freundliche Aufnahme. Gute Reise! Übrigens auch allen anderen, die lieber in autoritären Gesellschaften leben möchten als in einer anstrengenden Demokratie!

Das Problem mit unserer bunten Vielfalt ist nicht das System an sich. Der legendäre britische Primeminister Winston Churchill sagte einst: *„Demokratie ist die schlechteste aller Regierungsformen – abgesehen von allen anderen.“* Und genau so sehe ich das auch heute. Wer in einem demokratischen Gemeinwesen leben will, der bekommt das nicht zum Nulltarif. Demokratie funktioniert nur, wenn sie auf der Herrschaft des Rechts basiert. Im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland sind die Regeln verbindlich festgelegt, nach denen wir in einem demokratischen Rechtsstaat als freie Menschen zusammenleben können. Und dieses Grundgesetz ist phantastisch, beispielhaft. Es basiert auf christlichen Grundüberzeugungen, etwa dem uneingeschränkten Recht auf Leben und auf Würde eines jeden Menschen, egal, woher er oder sie stammt, was man besitzt, was man denkt oder glaubt. Freiheit, zu denken, zu sagen und genau so zu leben, wie man es sich selbst aussucht. Und der Rahmen für alles ist der funktionierende Rechtsstaat, wo ein Mittelloser sogar gegen die Regierung vor Gericht ziehen und

gewinnen kann.

In genau so einem Staat will ich leben.

Aber seit Jahren befindet sich Deutschland auf einem Weg, diese Grundlage für unsere Freiheit zu zerstören. Denn wenn wir Repräsentanten wählen, die nicht den Interessen des Volkes, der Bürger, sondern einer eigenen wirtschaftlichen oder ideologischen Agenda folgen, dann gefährden wir alles, was dieses wunderbare Land einmal ausgemacht hat. Und wenn ich „alles“ sage, dann meine ich genau das: ALLES.

Wir wählen eine Bundesregierung, die immer wieder Gesetze bricht wie bei der Massenzuwanderung der Jahre 2015/2016. Wir wählen höchste Repräsentanten, die demokratische Verfahren einfach ignorieren und nur ihrer politischen Agenda folgen. Oder wurde der Bundestag vor der einsamen Irrsinnsentscheidung der Kanzlerin, die Atomkraftwerke abzuschalten, mit dem Thema befasst? Hat der Bundestag der Verhunzung der deutschen Sprache, die wir gerade erleben, jemals zugestimmt? Wurde im Hohen Haus jemals darüber diskutiert, wie viele Geschlechter es denn nun angeblich wirklich gibt? Ok, „divers“ ist dazugekommen – weil die Verfassungsrichter das wollten. Dann ist das so, auch wenn es um eine verschwindend kleine Minderheit geht. Auch die haben Anspruch auf Schutz ihrer Interessen. Aber 60 Geschlechter (wie bei Facebook) oder 4.000 Geschlechter, die die Gender-Beauftragte der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) ausgemacht hat? 120 Gender-Lehrstühle an deutschen Hochschulen? Und alles nur unter dem einzigen Gesichtspunkt von Haushaltstiteln, um den unwissenschaftlichen Schwachsinn mit unser aller Geld üppig auszustatten. Aber niemand, der den Schwachsinn auch Schwachsinn nennt.

Oder eben die grünen Verantwortungsträger in einigen Berliner Bezirken, die für ihre unappetitliche Klientel Sonderregeln  schaffen – als „politischen Gründen“. Wo die Bauregeln für besetzte Häuser per Federstrich außer Kraft gesetzt werden, während anderswo für gleiche Verstöße einfacher Hausbesitzer drastische Bußgelder bezahlen müssen.

Unser Land gerät immer mehr in eine gefährliche Schieflage, und es ist berechtigt aber auch wohlfeil, über einzelne Politiker und Parteien zu schimpfen. Denn der entscheidende Punkt liegt bei uns selbst. Bei uns Bürgerlichen, die das alles mit sich machen lassen und die große Party zur Zerstörung der freiheitlichen Gesellschaft auch noch klaglos finanzieren. Und bei den anderen. Oder frei nach dem großen Philosophen Karl Lagerfeld: „Wer in Berlin lebt und immer noch Grüne, Linke oder SPD wählt, der hat die Kontrolle über sein Leben verloren…“

*Um die Dinge zu verändern, die unser Land in eine bedrohliche Schieflage gebracht haben, ist auch heute noch viel möglich. Aber Veränderungen sind nicht für lau zu haben. Was wir hier machen, ist informieren und einordnen, seriös und frei – und Zehntausende Leser folgen diesem Blog regelmäßig.*

*Wenn SIE in der Lage und willens sind, meine und unsere Arbeit auf diesem Blog zu unterstützen, bitte ich Sie um einen Ihnen mögliche Spende über PAYPAL hier oder auf unser Konto bei der Sparkasse Krefeld: DE40 3205 0000 0000 2711 22*

# GASTBEITRAG VERONIKA BELLMANN: „Die CDU grenzt sich nicht mehr gegen linke Extremisten ab“

Am 23. Mai 1949 wurde das Grundgesetz im Rahmen einer feierlichen Sitzung des Parlamentarischen Rates ausgefertigt und verkündet. Damit war die Bundesrepublik gegründet. Mit dem Beitritt der Länder auf dem Gebiet der ehemaligen DDR am 3. Oktober 1990 wurde das Grundgesetz zur Verfassung des gesamten deutschen  Volkes. Seit mehr als sieben Jahrzehnten ist das Grundgesetz nunmehr die Grundlage unserer freiheitlichen Demokratie.

Es wurde vielfach geändert und angepasst, aber es hat sich bewährt und der Bundesrepublik geholfen, zu einer stabilen Demokratie in der Mitte Europas zu werden. Soweit die offiziellen Verlautbarungen zum geschichtsträchtigen 71. Jahrestag der Verkündung des Grundgesetzes. Ich habe allerdings eher den Eindruck, dass die deutsche Geschichte gerade im Hinblick auf das Grundgesetz, den Mauerfall und die friedliche Revolution vor 31 Jahren in Quarantäne ist, und zwar nicht nur wegen Corona. Gerade deshalb denke ich in diesen Tagen mehr denn je an Heinrich Heines Worte: „Denk ich an Deutschland in der Nacht, dann bin ich um den Schlaf gebracht.“

Freilich haben die Schutzmaßnahmen gegen die Ausbreitung des Corona-Virus, die Grundrechte und Grundfreiheiten auf nicht immer nachvollziehbaren und auch nicht immer gesicherten wissenschaftlichen Grundlagen eingeschränkt wie nie zuvor. Die Kanzlerin sagt, die Einschränkungen seien eine Zumutung für die Demokratie, aber sie seien notwendig, begründet und verantwortlich im Sinne des Art. 1 Grundgesetz, der Würde des Menschen, die bekanntlich unantastbar ist.

Angela  Merkel spricht als oberste Chefin der Exekutive. Mit dem Beschluss von Gesetzen mit weit reichenden Ermächtigungsgrundlagen für die Regierung, hat sich das Parlament in Pandemiezeiten quasi selbst entmachtet und zumindest befristet in eine Statistenrolle verfrachtet. Statistenrolle für die Legislative, keine Folgen- oder Gefahrenabschätzung seitens der Regierung, aber freie Hand für kurzfristiges Regierungshandeln, wieder einmal „Fahren auf Sicht“ – ganz nach dem Geschmack der Kanzlerin.

Das Grundgesetz ist allerdings auf langfristiges Regierungshandeln angelegt, keine „Geschmackssache„ einzelner Führungspersonen und die Absicherung kurzfristiger Taktiken, sondern langfristiger Rahmen und zugleich Kern der Verfasstheit unseres Landes, teilweise sogar mit Ewigkeitsgarantie.

Aber immerhin, Angela Merkel sitzt das Problem dieses Mal nicht aus.  Sie spricht im Fernsehen zu ihrer Sicht der Lage der Nation, im wöchentlichen Podcast, in einer Regierungserklärung im Deutschen Bundestag. Sie rettet mit dem französischen Präsidenten Macron die Welt, koste es den deutschen Steuerzahler was es wolle. Vieles erinnert an ihr Auftreten nach Fukushima zur Energiewende, in der Staatsschuldenkrise zur Euro-Rettung und insbesondere an 2015 in der Migrationskrise. Sie denkt,

spricht, alle anderen folgen den alternativlosen Entscheidungen, suchen Lösungskonzepte um die Sprechblasen der Kanzlerin zu füllen und irgendwie die Realität dem Problem anzupassen. Wer Kritik äußert, wird je nachdem was gerade auf der Tagesordnung steht, als Rechtspopulist, als Leugner des Klimawandels, der Corona-Pandemie, als Verschwörungstheoretiker oder Alu-Hut abgestempelt oder zumindest ignoriert. Das gilt auch für Parteitagsbeschlüsse, die sind schon seit Jahren das Papier nicht mehr wert, auf dem sie stehen. Bestes Beispiel der „Doppelpass-Beschluss“ des Parteitages der CDU von 2016. Unmittelbar danach verkündet die Kanzlerin und damalige CDU Vorsitzende Angela Merkel trotzig, dass sie überhaupt nicht daran denke, sich an Parteitagsbeschlüsse zu halten.

Wie war das doch gleich mit dem Art. 21 Grundgesetz? Da heißt es schon seit 71 Jahren: Parteien wirken an der Willensbildung des Volkes mit. Es scheint, als wenn die parteipolitische Willensbildung in der CDU, inklusive der verschobenen Bundesvorsitzendenwahl, mit dem allgegenwärtigen Corona-Mundschutz einen Maulkorb verordnet bekam.

Denn bei uns ist es mittlerweile so, dass vom „Parteiwillen“ nur in Parteiprogramme und Regierungshandeln übernommen wird, was ohnehin im Portfolio der Kanzlerin steht. Ist das der Grund, warum die Partei beziehungsweise ihre amtierende Vorsitzende Annegret Kramp Karrenbauer(AKK) derzeit wenig bis gar nichts parteipolitisch Orientierendes  sagt, sagen darf oder will? Da gibt es zwar einen digitalen „Plausch“ mit 150 Kreisvorsitzenden zur Vorbereitung der kommenden Land-und Bundestagswahlen. Aber ansonsten dominiert lautes Schweigen zum Corona-Lockdown mit seinen tiefgreifenden sozialen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgen, zur drohenden überbordenden Staatsverschuldung, zum EZB-Urteil, zum Vertragsverletzungsverfahren der EU gegen Deutschland oder zur weltpolitischen Lage.

Zu dem, was ich eingangs mit „Quarantäne für deutsche Geschichte, Mauerfall, friedliche Revolution und Grundgesetz“ meinte, meldete sich die CDU-Bundesvorsitzende erst mit einer Woche Verzögerung und einem lauen Lüftchen der Kritik an den CDU-Freunden in Mecklenburg-Vorpommern (MV).

Für mich war gerade zum 71. Jahrestag unserer Verfassung der absolute Aufreger der Woche – die Wahl der 64jährigen linken Politikerin, Barbara Borchhardt, zur Richterin am Landesverfassungsgericht von Mecklenburg-Vorpommern und zwar mit der Hilfe von Stimmen aus der CDU. Da klingt es fast hilflos und alibihaft, wenn AKK die CDU MV auffordert, ihre Rolle bei der Richterwahl aufzuarbeiten. Die Koalitionsgespräche über die Eignung der Kandidaten zu dieser Wahl seien wohl nicht sorgsam und nicht nachvollziehbar genug geführt worden. Die CDU MV müsse Fragen beantworten, warum sie eine Verfassungsrichterin vorschlage, die selbst mit der Verfassung hadere. Die Wahl schadet dem Ansehen des Verfassungsgerichts, sagt die amtierende Bundesvorsitzende. Die Wahl schadet m. E. aber vor allem dem Vertrauen in die CDU, weil sie einen weiteren schweren Hieb gegen das Grundgesetz zulässt bzw. sogar mit unterstützt hat. So verhelfen die Christdemokraten der mehrfach umbenannten SED-PDS-Linken ein weiteres Mal zum Erfolg, mit einer Provokation die Maßstäbe politischer Normalität zu verschieben. Dieses Mal ist die Provokation nicht der sich freundlich, bieder, bürgerlich gebende Bodo Ramelow aus Mitteldeutschland. Es ist Frau Borchardt, die dreist ihrem verfassungsgefährdetem, linksradikalem Gedankengut offen  freien Lauf lässt und diesem mit schauerlich düsteren  Gesichtszügen

schon rein äußerlich auch noch entsprechend Nachdruck verleiht.

Die Frau mit SED Musterkarriere ist Gründungsmitglied der vom Verfassungsschutz des Bundes als linksextremistische Plattform eingeschätzten „Antikapitalistischen Linken“. Die radikale Politikerin hat nach ihrer Wahl bekräftigt, dass sie den Bruch mit kapitalistischen Eigentumsstrukturen ebenso wenig ablehnt wie einen grundsätzlichen Systemwechsel. Es ist geradezu eine Provokation aller Demokraten, dass jemand Verfassungsrichterin wird, der nicht auf dem Boden des Grundgesetzes steht und es darüber hinaus nach eigenem Duktus zu interpretieren versucht.  Es ist durchschaubar, dass Frau Borchardt ihren Willen zum grundsätzlichen Systemwechsel weg von kapitalistischen Eigentumsstrukturen, mit der wirtschaftspolitischen Neutralität des Grundgesetzes zu rechtfertigen versucht. Da ist offenbar juristischer Nachhilfeunterricht nötig. Denn im  Grundgesetz sind sehr wohl eine Reihe relevanter Grundaussagen zur Wirtschaftsverfassung angelegt. So werden im Bereich grundrechtlicher Bindungen die Spielräume des Gesetzgebers erheblich eingeschränkt, gerade im Hinblick auf das Privateigentum einschließlich des unternehmensbestimmten Eigentums und seiner ökonomischen Nutzbarkeit. Das ist u. a. im Art 14  als Eigentumsgarantie des Grundgesetzes normiert. Also genau das, was die linksextremistische, antikapitalistische Frau Borchardt abschaffen möchte. Das spricht nicht nur politisch sondern auch fachlich juristisch gegen ihre Eignung als Verfassungsrichterin.

Das scheint allerdings niemand in der Koalitionsregierung in Schwerin, leider auch nicht die CDU zu stören. Selbst dann nicht, als die frisch Gewählte mitteilte, dass sie selbstverständlich weiter Mitglied der „Antikapitalistischen Linken“ bleiben will. Sie ist sich ihrer Sache so sicher, dass sie niemandem entgegen kommen muss. Schon gar nicht mit vornehmer Zurückhaltung, die in einem solchen zu einem gewissen Maß an parteipolitischer Neutralität verpflichtetem Amt, absolut geboten ist.

Dass die rosa SPD-Genossen sogar mit Koalitionsbruch drohten, im Falle die CDU wolle der dunkelroten Genossin nicht die Richterrobe quasi unter Hammer und Sichel umhängen, entspricht ihrem Ziel, die Linke und SPD sobald als möglich zur Einheitsfront zusammen zu führen. Aber dass sich die CDU widerstandslos zur Wahl hinreißen ließ, ohne erkennbar auf den Vorschlag einer wenigstens nicht verfassungsfeindlichen Person zu beharren, ist der eigentliche Skandal. Die Extremen können so ganz legal mit den Mitteln der Demokratie daran arbeiten, diese abzuschaffen. Weil es der mehrfach umbenannten SED-PDS-Linken ein weiteres Mal gelingt, mit einer Provokation die Maßstäbe politischer Normalität zu verschieben

Die CDU ist kein Korrektiv mehr. Weil im „Gesamtpaket“ der Postenverteilung in Justiz und Verwaltung wohl auch einige für die Union dabei waren. Da muss man eben auch nicht mehr lange um politische Prinzipien kämpfen. Und warum den Unvereinbarkeitsbeschluss der CDU bezüglich des Verbots einer Zusammenarbeit mit AfD und Linken (nur in Richtung der Rechtspopulisten) überhaupt beachten, wenn schon die Kanzlerin sich nicht um Parteitagsbeschlüsse schert?

Empörte Anrufe aus dem Kanzleramt, mit der Aufforderung die Wahl rückgängig zu machen, wie seinerzeit bei der Wahl  des FDP-Mannes Kemmrich zum Thüringer Ministerpräsidenten, waren nicht zu befürchten. Obwohl die gerade hier dringend notwendig gewesen  wären, insbesondere nach den

jüngsten Äußerungen von Frau Borchardt, dass die DDR kein Unrechtsstaat gewesen sei und es ja nicht nur Mauertote gegeben habe, sondern auch verletzte Grenzer. Die Frau hat nicht nur juristische Defizite sondern auch noch ein absolut gestörtes politisches Unrechtsbewusstsein.

Das alles wird toleriert. Der professorale Politjüngling Philipp Amthor, der sich anschickt Landesvorsitzender der CDU in Mecklenburg-Vorpommern zu werden, weinte mit der Feststellung, dass es eben so sei wenn man keine Mehrheiten ohne rechte Vereinfacher und extreme Linke habe, ein paar Krokodilstränen und damit hatte sich's. Auch bei ihm geht's um Posten. Schließlich braucht er die Stimmen der CDU-Landtagsabgeordneten und der Fraktionsführung für die Landesvorsitzendenwahl. Da kann er sie ja nicht laut beschuldigen, für die Wahl der verfassungsfeindlichen linken Verfassungsrichterin (wie paradox das klingt) mit verantwortlich zu sein.

Letztlich sind dem Machtkalkül und einer reichlich ausgeprägten Geschichtsvergessenheit einiger Vertreter der ost- und westdeutschen CDU, wie bspw. dem Schleswig-Holsteinischen Ministerpräsidenten Daniel Günther, sowie den sich als meinungsprägende Elite bezeichnende Medienvertretern, eherne politische Prinzipien zum Opfer gefallen. Sie folgen nur den Umfragewerten und sind auf Kuschelkurs mit Links-Grün. Es gibt keine generelle Abgrenzung der Christdemokraten gegen Extremisten mehr, nur noch die gegen rechts. Nach links ist vieles offen. Mit den bürgerlich-liberalen Grundwerten und der Marktwirtschaft, die für den Aufbau von Demokratie, Freiheit und Wohlstand in diesem Lande fundamental waren, haben sie nicht mehr viel am Hut. Statt so wenig Staat wie möglich, gilt nun so viel Staat wie möglich. Geschichte wiederholt sich wohl doch….war doch auch alles gar nicht so schlimm…damals in der DDR?!?

Die Abwehr aus der CDU ist auch deshalb schwach, weil nur wenige von ihnen aus der DDR Opposition stammen oder selbst den „real existierenden Sozialismus" der DDR  am eigenen Leibe erlitten haben. Bei den westdeutschen politischen und medialen Meinungsführern mit eher linksideologisiertem Weltbild, ist es vermutlich das heimliche Eingeständnis eines Persönlichkeitsdefizits. Nämlich das eines gewissen eigenen Unvermögens, aus der opportunistischen Komfortzone heraus, weder willens noch in der Lage zu sein, unter Lebensgefahr aber dafür mit viel Mut für Freiheit zu kämpfen und in einer einzigartigen friedlichen Revolution eine sozialistische Diktatur hinwegzufegen. Das erklärt auch so manche Übermoral der „Gut – und Bessermenschen" dieser Tage.

Die DDR kann so „rehabilitiert" werden, wenn die Ergebnisse dieser friedlichen Revolution künstlich und gründlich klein gehalten, die Erinnerungen an die Verbrechen des Unrechtsstaats DDR gelöscht werden. Dafür macht man dann auch schnell mal gemeinsame Sache mit den Regimetreuen von einst oder tappt in deren Falle, wie die Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU) und der Berliner Kultursenator Klaus Lederer (Linke) hinsichtlich des Rausschmisses des langjährigen in Genossenkreisen verhassten Leiters der Stasigedenkstätte Hohenschönhausen,Hubertus Knabe, einmütig demonstrierten.

Neben der Brücke, die die Thüringer CDU auf Merkels Geheiß für die Linke baute, um Bodo Ramelow als Ministerpräsident auch ohne eigene Mehrheiten zu inthronisieren, ist die Wahl der SED-Kader-Aufsteigerin Borchardt zur Verfassungsrichterin in Mecklenburg-Vorpommern, der bislang

weitestgehende Tabubruch hinsichtlich Verharmlosung der SED Diktatur.  Darüber hinaus  ist sie eine Respektlosigkeit gegenüber unserer Verfassung, ein weiterer Sargnagel für die Demokratie und ein fatales Signal im 30. Jahr der Wiedervereinigung.

Wie sagt doch eine alte Weisheit so treffend: „Jede Revolution frisst ihre Kinder“ – manche offenbar erst nach 30 Jahren. Den Rest erledigt dieser Tage  ein Virus, der dem ganzen noch die CORONA(Krone) aufsetzt. Um es mit den in Pandemiezeiten gebräuchlichen Worten auszudrücken, bleibt festzustellen: Das Grundgesetz gehört mit 71 Jahren zur „RISIKOGRUPPE der Demokratie“ . Es muss besonders geschützt werden. Aber nicht, in dem man es in QUARANTÄNE schickt, sondern ihm durch wehr- und standhafte Demokraten starke Antikörper verleiht. Denn das VIRUS des Sozialismus MUTIERT schnell zum Neosozialismus, gegen den es keinen IMPFSTOFF gibt. Es verbreitet sich umso schneller, je größer der ABSTAND zum „Real Existierenden Sozialismus“ der DDR ist und je weniger Menschen die Krankheit selbst durchgemacht und GENESEN sind bzw. überlebt haben. Für die einzig hilfreiche HERDENIMMUNITÄT ist es notwendig, dass der MUNDSCHUTZ nicht zum Maulkorb wird. Dann werden die MASSENTESTS, die alle vier Jahre in den Gesundheitsämtern der Demokratie – den Wahllokalen – durchgeführt werden, mehrheitlich negativ sein.

*Veronika Bellmann ist seit 2002 direkt gewähltes Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU).*

---

# „Wir sind das Volk“ – demonstrieren muss erlaubt sein

Wir leben in stürmischen aber auch spannenden Zeiten. Unübersehbar gibt es in Deutschland – nicht erst seit Corona – eine zunehmende Politisierung. Als einer, der seit seinem 16. Lebensjahr politisch denkt und lebt, freut mich das natürlich. Und dass erstmals seit Jahrzehnten viele der hitzigen Debatten in der Gesellschaft nicht von Links angestoßen werden, ist für die demokratische Gesellschaft unzweifelhaft von Vorteil. Und bevor ich wieder eine Flut an Mails auslöse, die mich beschimpfen, weil ich entweder a) zu feige sei, „rechts“ zu schreiben oder b) wohl selbst Nazi sein muss, wenn ich das Mantra der Habecks, Eskens und wie sie alle heißen mit ihren Umgestaltungsplänen nicht ernst nehmen kann.

Am Samstag sind in Deutschland Tausende Bürger auf die Straße gegangen, um gegen die Einschränkung ihrer persönlichen Bewegungsfreiheit durch die Regierung(en) zu protestieren. Das kann man für unvernünftig halten, weil der Abstand untereinander kaum beachtet wird. Man kann es für übertrieben halten, weil viele im Ausland neidvoll nach Deutschland schauen, das mit den Infektionszahlen weit unter Erwartung rangiert. Aber man kann es auch als legitimen Ausdruck von Unzufriedenheit betrachten. Und wenn es brodelt im Volk und die Unzufriedenheit zu wachsen scheint, was liegt da näher als auf der Straße zu protestieren?

Ich war gestern nicht demonstrieren, und ich fühle mich unwohl, wenn ich manche der Veranstalter

betrachte. Aber ich bin unbedingt der Meinung, dass diese Leute das Recht haben, zu demonstrieren. Weil es in einer Demokratie Normalität sein sollte, selbst in Zeiten einer Corona-Krise. Und weil ich die Meldung im WDR gehört habe, dass es Demonstrationen gebe und man befürchten müsse, dass sich Rechtsextremisten und Verschwörungstheoretiker unter die Teilnehmer mischen. Wann werde ich mal hören, dass im öffentlich-rechtlichen Rundfunk bei einer Demo für Klima-Gender-Weltfrieden vor Linksextremisten und Verschwörungstheoretikern gewarnt wird?

---

## Wendepunkt Thüringen: Das werden die Wähler den „Bürgerlichen“ nicht vergessen

Was wird Bodo Ramelow gestern Abend gelacht haben, als er nach seiner skandalösen Wiederwahl im Thüringter Landtag in sein Büro in der Staatskanzlei in Erfurt fuhr und sich auf dem Sessel Platz nahm, den er durch Abwahl der Bürger im Herbst zu recht verloren hatte. Eine Mehrheit der Thüringer hat für eine andere Politik gestimmt, wollte den rot-rot-grünen Spuk beenden, für einen Tag war der Liberale Thomas Kemmerich Ministerpräsident, doch dann griff diese Frau in Südafrika zum Hörer, um das Ergebnis einer freien und geheimen Wahl „rückgängig“ zu machen. Eine demokratische Wahl rückgängig machen, die Uhren zurückzudrehen. Ist Ihnen eigentlich klar, was hier passiert?

Es ist eine Schande, was in diesen vier Wochen geschehen ist, und es wird Folgen haben, die weit über das regionale Ereignis hinausreichen. Jeder Bürger, wirklich jeder, kann nun sehen, dass der Wille des Volkes nichts zählt, wenn eine kleine Machtelite die Strippen zieht. Jeder kann nachvollziehen, wie eine Regierungschefin mit Druck und Nötigung in das Ergebnis einer freien Wahl eingreifen und es rückgängig machen kann. Jedet kann sehen, wie zwei bürgerliche Parteien, die jahrzehntelang Großartiges für Deutschland geleistet haben, am Nasenring durch die Manege geführt werden.

Gerade erst konnten wir in einem Video sehen, wes Geistes Kinder in der SED heute noch das Wort führen. Haha, Reiche erschießem – war ja nur Satire. Wenn einer von der AfD sagen würde – satirisch natürlich – man müsse mal ein Prozent der Migranten erschiessen, würden hier alle durchdrehen mit Lichterketten und Trauerstunde im Bundestag.

Was hier geschehen ist, das ist ein einzigartiger Tabubruch. Ein demokratisch gewählter Ministerpräsident wird zum Rücktritt gezwungen und durch seinen vom Volk abgewählten Amtsvorgänger ersetzt.  Wahnsinn. Und CDU und FDP helfen mit.

Gestern Abend war ich zu einem Bürgerlich-Konservativen Stammtisch in Grimmen, im Wahlkreis von Angela Merkel. Nahezu jeder in dem Gasthof hat früher mit Begeisterung die Frau aus der Uckermark gewählt. Gemessen an den Wortbeiträgen am Abend, ist hier keiner mehr, der das zukünftig noch tun würde.

Können Sie mir erklären, warum sich CDU und FDP gestern im Dritten Wahlgang im Landtag enthalten haben? Flügel-Höcke hatte seine Kandidatur zurückgezogen, jeder hätte Nein, Nein, Nein ankreuzen können. Aber sie tanzen mit, genau nach Drehbuch, das von Oben vorgegeben wird. Doch die Zahl der Bürger, die nicht mehr tanzen, wird rasant wachsen. Die Entscheidung gestern wird auch bei Neuwahlen im April kommenden Jahres nicht vergessen sein. Und die Parteien, die diesen Tabubruch begangen haben, werden dafürt bezahlen, was sie getan haben.

Mit der Wahl von Ramelow kehrt die Normalität zurück, sagt eben eine ARD-Sprecherein im „Morgenmagazin“. Nein, aber jetzt ist keine Normalität mehr. Gar keine.